

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5398

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5398



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 19. Oktober 2025

Inhalt

Kritiker bringen unbequeme Wahrheiten zur Sprache	2
15. Oktober 2025, Hanspeter Amstutz.....	2
Wenn die Reformer Alarm schlagen.....	4
Journal21, 13. Oktober 2025, Carl Bossard.....	4
Förderklassen spalten die Lehrerschaft.....	7
NZZ, 15. Oktober 2025, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach.....	7
Der Lehrerverband hat sich verrannt.....	11
NZZ, 15. Oktober 2025, Meinung & Debatte, Robin Schwarzenbach.....	11
Die Schule wird für Ideologien missbraucht».....	12
NZZ, 13. Oktober 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	12
«Ich war die perfekte Zielscheibe».....	15
Tages-Anzeiger, 9. Oktober 2025, Politik & Wirtschaft, Anja Burri.....	15
«Aus meiner Sicht gehören soziale Medien für Minderjährige verboten».....	18
Tages-Anzeiger, 6. Oktober 2025, Politik & Wirtschaft, Tanja Hudec.....	18
Pro & Kontra • Sollen Social Media für Jugendliche verboten werden?.....	21
Tages-Anzeiger, 10. Oktober 2025, Meinungen.....	21
Ja.....	21
Nein.....	22
Fremdsprachen in der Primarschule.....	23
NZZ, 17. Oktober 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	23
Vorausdenkendes Lesen.....	24
NZZ, 8. Oktober 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	24
Veranstaltungshinweis.....	25
Adipositas-Epidemie bei Kindern – unvermeidlich oder verhinderbar?.....	25
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mi. 12. November 2025, 18:30.....	25



Kritiker bringen unbequeme Wahrheiten zur Sprache

15. Oktober 2025, Hanspeter Amstutz

Im NZZ-Interview von Sebastian Briellmann mit dem Jugendpsychologen Allan Guggenbühl müssen die Pädagogischen Hochschulen einiges an Kritik einstecken. Fehlender Bezug zur Schulpraxis, ideologische Nähe zu weltverbessernden Theorien und einseitige didaktische Konzepte werden ihnen vorgeworfen. Ganz schlecht weg kommt bei Guggenbühl dabei die pädagogische Idee des «Beziehungs-Talks», welche heute an manchen Schulen als wegweisend in der Erziehung gilt. Vor allem Buben schätzten es wenig, wenn sie dauernd über ihren Gemütszustand befragt würden.

Der unbequeme Jugendpsychologe deckt einiges auf, was bisher von Wissenschaftlern über die Lehrerbildung nur hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde. Zu viele Schulklassen laufen heute aus dem Ruder, weil die jungen Lehrpersonen auf ungeeignete Weise auf die Schulrealität vorbereitet wurden. Schockiert stellen sie fest, dass sorgfältig ausgearbeitete Lektionskonzepte scheitern, weil die erwartete Lernbereitschaft vieler Schüler fehlt. Lange Gespräche mit den Lernunwilligen helfen da kaum weiter.

Pädagogische Hochschulen als Mitverantwortliche für pädagogische Irrwege

Guggenbühl sieht im übertriebenen Eingehen auf die individuellen Lernwünsche der Jugendlichen und im falschen Ton des Anbieterns einen Holzweg in der Pädagogik. Besonders schlecht kommt diese Grundhaltung offensichtlich bei den Buben an. Diese wünschen sich eine vertrauenswürdige, klare Führung, welche das Erreichen von erstrebenswerten Zielen verspricht. Guggenbühl hat seine Erfahrungen in der Arbeit mit schwierigen Klassen an einem anschaulichen Beispiel ziemlich drastisch zusammengefasst. «Ich arbeite nicht mit Verlierern», wirft er den aufmüpfigen Schülern an den Kopf. «Ich arbeite nur mit Winnern, Loser interessieren mich nicht.» Das wirkte. Die Buben waren bereit zu kooperieren, denn sie wollten beweisen, dass mit ihnen zu rechnen sei.

Die pädagogischen Hochschulen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie seit der Einführung der Forschungsverpflichtung im Bereich der Didaktik einseitige Lernkonzepte bevorzugt haben. Theorien über selbstorganisiertes Lernen, Konzepte über mehrsprachigen Unterricht und viel ideologischer Ballast in der Genderpädagogik wurden den Studierenden als Paket für den Schulalltag mitgegeben. Dass das nicht gut gehen konnte, liegt auf der Hand.

Guggenbühl fordert von den Pädagogischen Hochschulen, dass sie sich mit dem Schulalltag gründlicher auseinandersetzen. Statt seitenlanger Abhandlungen in allgemeiner Didaktik über woke Themen wäre es tatsächlich von weit grösserem Nutzen, wenn den Fachdidaktiken mit konkreten Aufgabenstellungen mehr Bedeutung beigemessen würde. Nicht nur Buben schätzen es, wenn Lehrpersonen bei Sachthemen aus dem Vollen schöpfen können. Spannende geschichtliche Erzählungen, interessante physikalische Experimente oder das Kennenlernen anderer Länder gehören zu einer lebendigen Schulkultur. Gelingende naturwissenschaftliche Experimente verlangen ein solides Vorwissen und ebenso ist es nötig, dass die Erzählkunst während des Studiums gefördert wird. Die Schule braucht fachlich kompetente Lehrkräfte, die mit einem gut gefüllten Rucksack an erprobten Unterrichtsreihen und einem realitätsnahen Menschenbild vor ihre Klassen treten können. Diese



breite Öffnung hin zur Schulpraxis müssen die Hochschulen vollziehen, wenn sie das Vertrauen in die Lehrerbildung zurückgewinnen möchten.

Reformer beklagen Fehlentwicklungen, die sie selber verursacht haben

Bis vor kurzem war das Schönreden schiefgelaufener Schulreformen durch die verantwortlichen Reformer gang und gäbe. Doch seit sich die Dinge in manchen Schulbereichen überschlagen haben, verliert diese Taktik jede Überzeugungskraft. Die integrative Schule ist längst zu einer grossen Belastung für alle Beteiligten geworden, wie die heftige Diskussion rund um die Wiedereinführung von Förderklassen beweist. Das frühe Mehrsprachenkonzept ist ein Scherbenhaufen, das selbstorganisierte Lernen ineffizient und manche der neuen Lehrmethoden erweisen sich als Irrweg. Deshalb sind einige der einstigen Reformer dazu übergegangen, gewisse Fehlentwicklungen zu brandmarken und ziemlich laut neue Wege aus der Misere zu verkünden.

Zu Recht stösst sich Carl Bossard in einem längeren Beitrag im Journal 21 an diesem unlauteren Vorgehen der Reformverantwortlichen. Statt erst einmal die eigenen Fehler einzugestehen, nun als Retter der Schule aufzutreten, ist für den Autor ein starkes Stück. Der leicht bissige Kommentar ist mehr als verständlich, wenn man die ränkevolle Geschichte der Reformbewegung so gut kennt wie der unermüdliche Kämpfer für eine gute Volksschule.

Unrühmliche Vorgeschichte beim Mehrsprachenkonzept wird erneut aufgerollt

Die heftigen Auseinandersetzungen ums Frühfranzösisch haben dieser Tage eine längst verdrängte üble Sache wieder zutage gefördert. Es geht um die renommierte Linguistin Simone Pfenninger, die vor zehn Jahren einen Sturm der Entrüstung über sich ergehen lassen musste, weil sie das frühe Sprachenlernen als weitgehend nutzlos beschrieb. In ihrer Studie hatte sie festgestellt, dass Früheinsteiger schon nach wenigen Monaten auf der Oberstufe ihren Vorsprung gegenüber den später Einsteigenden eingebüsst haben. Sie wies nach, dass eine Kurzfutter-Didaktik mit zwei wöchentlichen Fremdsprachenlektionen nicht zu den grossartigen Zielen des munteren Parlierens am Ende der sechsten Klasse führen würde. Simone Pfenninger geriet mit ihren unterdessen anerkannten Studienergebnissen so sehr unter Druck, dass sie schliesslich aus der Schweiz wegzog und eine Professur in Salzburg annahm.

Nicht ganz überraschend ist, dass sich mit Anja Burri nun eine Journalistin an diese unerfreuliche Geschichte erinnert. Anja Burri hatte schon vor zehn Jahren Simone Pfenningers Studie kommentiert und als seriös beurteilt. Im aktuellen ganzseitigen Interview in den Tagi-Medien wird der «Fall Pfenninger» jetzt nochmals detailliert aufgerollt. Man kommt sich beim Lesen des Interviews fast wie in einer Gerichtsverhandlung vor, die am Ende in einen bejubelten Freispruch mündet.

Weniger grossartig ist jedoch das Verhalten der Verlierer, welche das Mehrsprachenkonzept damals durchgeboxt haben. So drückt sich Alt-Regierungsrat Eymann, der als damaliger EDK-Präsident mitverantwortlich für den Fehlentscheid war, um die längst fällige Entschuldigung an die Adresse der verunglimpften Studienautorin. Sein Verhalten passt leider ins Bild, welches manche Politiker der vergangenen Reformära bezüglich der gescheiterten Prestigeprojekte abgeben.



Auswirkungen des suchartigen Handygebrauchs werden heftig diskutiert

Während der LCH zögert, sich bei der Frage eines Handyverbots in der Volksschule selber die Initiative zu ergreifen, hat Thoma Minder, der Präsident der Schweizer Schulleiterverbands, kein Blatt vor den Mund genommen. Er fordert ein generelles Handyverbot während den Schulzeiten und geht dann noch viel weiter. Er möchte, dass über ein Verbot von Social Media für Minderjährige diskutiert wird.

Jahrelang wurde das suchartige Verhalten vieler, meist jüngerer Menschen beim Umgang mit den digitalen Medien in der Bevölkerung bloss registriert, aber kaum als gesundheitsgefährdend eingestuft. Nun wird auf einmal über den stark belastenden Einfluss digitaler Geräte geredet. Offenbar haben die negativen Erfahrungen vieler Eltern beim Handygebrauch ihrer Kinder ein so unerfreuliches Mass erreicht, dass sie geneigt sind, ziemlich radikalen Lösungen zuzustimmen. Wie immer in umstrittenen Angelegenheiten kristallisieren sich gegensätzliche Positionen heraus. Wir haben dazu eine kontradiktorische Stellungnahme aus den Tagi-Medien und zwei Leserbriefe veröffentlicht.

Als Schlusspunkt möchten wir Ihnen die Lektüre eines aussergewöhnlichen Leserbriefs des Erziehungswissenschaftlers Gerhard Steiner empfehlen. Was er über das vorausschauende Lesen schreibt, ist von zentraler Bedeutung für die Leseförderung.

Hanspeter Amstutz

Wenn die Reformer Alarm schlagen

Journal21, 13. Oktober 2025, Carl Bossard

Erst wurden Lesen und Schreiben modernisiert, jetzt ist der Aufschrei gross: Pädagogische Hochschulen beklagen den Leistungsabfall, den die Reformideen mitbewirkt haben. Ein Masterplans soll's richten. Doch die Volksschule muss sich auf das besinnen, was Lernen wirklich trägt: Verstehen, Üben und Können.

Die Schweizer Volksschule hat eine intensive Reformkaskade hinter sich. Die vielen Innovationen mitgetragen und sie zum Teil selber initiiert haben die Pädagogischen Hochschulen: Aus Lehrerinnen und Lehrern wurden Coachs und Lernbegleiterinnen, aus Bildung messbare Tests, aus Wissen, Können und Haltung Kompetenzen. Aus Unterricht wurde autonomes Lernen im «Flipped Classroom» und das Lernen vom Lehren entkoppelt: Das Alphabet erwarben sich die Schüler nun vielfach selber – in Lernateliers.

Schreiben gelernt wurde nach Gehör, und das «Lesen durch Schreiben» mit Hilfe von Jürgen Reichens bebildeter Anlauttabelle erarbeitet. Selbstorientiert, wie es heisst. Dabei war Korrigieren durch die Lehrperson nicht selten untersagt. «Vom Lehren zum [eigengesteuerten] Lernen» hiess die Devise.



«Nicht besorgniserregend» – so der Befund eines PH-Rektors

Immer wieder haben erfahrene Lehrpersonen vor diesen Innovationen und ihren hehren Versprechen gewarnt. Vergebens. Sie wurde in die ewiggestrige Ecke versetzt. Dabei wissen wir seit Jahren, dass beispielsweise das verstehende Lesen dramatisch abnimmt, ebenso das korrekte und kohärente Schreiben. Die Lernforscherin der ETH Zürich, Elsbeth Stern, hat schon vor langer Zeit darauf hingewiesen. Gar von einem gravierenden Systemversagen sprach der Bildungsökonom Stefan C. Wolter.

Hingehört hat kaum jemand. Es kümmerte die Verantwortlichen in den Stäben und an den Pädagogischen Hochschulen wenig. Sie zuckten höchstens die Achseln, und die Karawane zog ungerührt weiter. Eigentlich hätten längst alle Warnlampen leuchten sollen! Doch der Rektor der PH Bern fand diese Tatsache noch vor Kurzem «nicht besorgniserregend».

Und wieder soll's ein Masterplan richten

Nun beklagen die Pädagogischen Hochschulen plötzlich, was sie selber mit verursacht haben: die abnehmende Lesefähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler. «Wir laufen sehenden Auges in ein schweres Problem hinein», heisst es plötzlich.¹ Wer den Kassandruf aus der Pädagogischen Hochschule Zürich hört, traut den eigenen Ohren nicht.

Im Interview der Sonntag-Zeitung warnt der Deutschdidaktiker Maik Philipp – welches Erstaunen! – vor der sinkenden Lesekompetenz von Jugendlichen in der Schweiz: Fast die Hälfte der 15-Jährigen erreiche nur rudimentäre oder ungenügende Fähigkeiten. Das habe gravierende Folgen für Bildung, Beruf und gesellschaftliche Teilhabe, wie wenn das nicht schon längst bekannt wäre. Der Bildungswissenschaftler Philipp fordert, dass die Gesellschaft das Problem ernster nehme und mit einem langfristigen Masterplan frühzeitig und systematisch gegensteuere – auch angesichts neuer Herausforderungen wie Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz KI.

Wenn das Üben zum Fremdwort verkommt

«Ein schweres Problem!», verkündet Maik Philipp. Recht hat er, wahrlich! Nur: Wer hat uns denn dorthin geführt? Wer hat den behutsamen und systematischen Aufbau des Lesens – vielleicht sogar Buchstabe für Buchstabe, Satz für Satz – zur lästigen Aufgabe degradiert, die man angeblich im Vorübergehen mit YouTube, Notebook und Lernapp erwirbt? Und sogar selbstgesteuert! Wer hat das Festigen und Automatisieren der elementaren Kulturtechnik des Lesens wie des Schreibens als schnödes Üben abgetan und stattdessen «ganzheitliche Literacy-Events» im «mehrsprachigen Projektsetting» gefordert?

All die unzähligen Reformen im Leseunterricht hätten doch längst zu besseren Resultaten führen und die Kinder «LESESTARK» machen müssen, wie es ein Buchtitel verkündet. Doch das Gegenteil ist eingetreten! Seit 2012 sinken die Lernleistungen im Lesen dramatisch.

1 Sandro Benini, Interview über Leseschwäche: «Wir laufen sehenden Auges in ein schweres Problem hinein». In: SonntagsZeitung, 14.09.2025, S. 43f.



Eine Volksschule, die nicht in der Definitionsmacht der PHs liegt.

Wer aber trägt die Verantwortung?, fragt sich der Beobachter. Auch das wissen wir seit Langem: Ein kleiner universitär-akademischer Zirkel aus den Pädagogischen Hochschulen – im Verbund mit einer starken Bildungsbürokratie – hat die Definitionsmacht über die Schulen übernommen. Sie bestimmen, was gelehrt und vor allem wie unterrichtet werden muss – oft auch gegen die Praktiker. Das bedeutete eine Marginalisierung der Praxisempirie.

Darum wirkt Maik Philipps Philippika reichlich unbedarft. Kaum ein Wort zur pädagogischen Dramaturgie der vergangenen Jahre, in denen die grundlegenden Mikroprozesse des Lernens, des bildungswirksamen Lernens, klein geschrieben waren. Gross gedacht wurde dafür im organisatorischen Makrobereich.

«Meine Kinder haben in der Schule kaum gelesen»

Man erinnere sich: Dieselben Pädagogischen Hochschulen, die heute die Krise beklagen, haben uns jahrelang erklärt, dass Lesen-Üben und intensives Schreibtraining nicht mehr zeitgemäss seien. Texte geschrieben wurde darum nur noch selten, ebenso wenig gelesen. Dazu der Schriftsteller Lukas Bärfuss: «Meine Kinder haben in der Schule kaum gelesen.»² Stattdessen erfand man «integratives Sprachhandeln», «Lernarrangements» und «digitale Lernpfade». Ein Lesebuch? Bitte nicht! Viel zu starr, zu linear, zu wenig «21st-century skills». Lieber eine App mit bunten Tierchen, die beim Antippen miauen – Hauptsache, es sieht nach Innovation aus.

Und jetzt? Jetzt stehen wir da mit halbwüchsigen Digitalnatives, die zwar jedes Emoji interpretieren können, aber vier Kriterien für einen guten Sportschuh im Text nicht finden, weil sie das Geschriebene nicht verstehen. Die Reformen der vergangenen Jahre haben uns «sehenden Auges» in den Graben gesteuert, konstatiert Maik Philipp – und die Verantwortlichen rufen nun ganz erstaunt: «Achtung, Abgrund!»

Sich an den Kern des Unterrichts erinnern

Doch keine Sorge. Der nächste Masterplan ist schon angedacht, wie Maik Philipp kundtut. Klüger wäre es wohl, sich den Kern des Unterrichts ins Gedächtnis zu rufen, das systematische Lernen mit dem kohärenten und kontinuierlichen Aufbau von Wissen und Können.

Dies geschieht durch zwei Hauptprozesse: Das Aufbauen mit dem Verstehen sowie das Festigen mit dem intensiven Üben und Anwenden. Diese beiden Vorgänge bilden die Grundpfeiler jeglichen Lernens. Daran ist zu erinnern.

Wir brauchen keinen neuen Masterplan, wir brauchen eine pädagogische Wende, um eine wirklich gute «Schule für alle» zu schaffen – klug geführt und mit effektiven Lernprozessen. So findet die Schule wieder zu ihrem Kernauftrag, dem bildungswirksamen Lernen für alle. Das bewahrt uns davor, «sehenden Auges in ein schweres Problem hinein[zulaufen]».



Förderklassen spalten die Lehrerschaft

NZZ, 15. Oktober 2025, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

Viele Zürcher Lehrkräfte befürworten die Volksinitiative, der Verband ist dagegen – warum eigentlich?

Es ist Oktober, und Eltern, Lehrerinnen, Schulleiter, Schulpräsidentinnen, Bildungspolitiker und weitere Betroffene im Kanton Zürich warten gespannt auf den Vorschlag, den Silvia Steiner (Mitte) dem Parlament zur Umsetzung der Förderklasseninitiative in wenigen Wochen vorlegen wird. Der Kantonsrat hatte das Volksbegehren eines Komitees um die Schulleiterin und Stadtzürcher FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois im März angenommen. Kein Gegenvorschlag, keine Volksabstimmung, es sei denn, es kommt doch noch zu einem Referendum: Der Ball liegt nun bei der Bildungsdirektorin.

Die Initiative verlangt, dass verhaltensauffällige Schüler und solche mit einer Lernschwäche bei Bedarf in sogenannte Förderklassen oder Kleinklassen eingeteilt werden können. Dies semesterweise und vorübergehend, wie Bourgeois und ihre Mitstreiter betonen. Idealerweise befinden sich diese Lerngruppen im gleichen Schulhaus wie die Regelklassen, aus denen die Kinder kommen und in die sie bei guter Entwicklung auch wieder zurückkehren können sollen. Geführt werden sollen diese Kleinklassen von Heilpädagoginnen.

Steiner selbst hält wenig von dem Volksbegehren. Statt einem Semester-Regime hätte sie eine Lösung mit erweiterten Lernräumen bevorzugt, in die besonders schwierige Kinder zwischendurch für ein kurzes Time-out geschickt werden können. Vielleicht wird die Mitte-Politikerin einen Mittelweg ansteuern, auch wenn sie sich unlängst dagegen verwahrte, die Förderklasseninitiative verwässern zu wollen. Aber nach der Debatte im Parlament sagte sie zur NZZ: «Einen kompletten Systemwechsel wird es mit diesem Entscheid nicht geben.»

Viele sind unzufrieden

Die Ausgangslage ist dennoch interessant. Die Initianten bedienen ein Aufreger-Thema: den integrativen Unterricht – beziehungsweise die Probleme, die dieser Ansatz mit sich bringt. Die Volksschule soll sich um alles kümmern: um Unruhestifter, Legastheniker, Schülerinnen mit Dyskalkulie oder solche mit einer anderen geistigen oder körperlichen Einschränkung. Um extrovertierte, um introvertierte, um depressive Kinder und Jugendliche. Um traumatisierte Kriegsflüchtlinge und um Migrantenkinder, die kein oder kaum Deutsch sprechen. Und um die Verhaltensunauffälligen in der Klasse, die sich ihrerseits womöglich vernachlässigt fühlen wegen all der Sonderfälle um sie herum.

Viele Eltern sind unzufrieden mit dieser Situation. Eine Umfrage im Auftrag der NZZ zeigte 2023 ein deutliches Bild. Zwei von drei Zürcher Befragten waren sehr oder eher einverstanden damit, sonderpädagogische Kleinklassen wieder einzuführen.

Eine Umfrage des Vereins Starke Schule beider Basel aus dem vergangenen Jahr deutet in die gleiche Richtung. Fast zwei Drittel befürworteten die Einrichtung von Kleinklassen «in allen Sekundarschulen» der Kantone Basel-Stadt und Baselland. Mehr als jeder fünfte der befragten Lehrerinnen und Lehrer, Eltern von schulpflichtigen Kindern und Schulleitern war eher dafür.



Der Basler Verein bezeichnet seine Umfrage als aussagekräftig. Repräsentativ ist die Studie nicht. Dennoch dürfte sie einem verbreiteten Gefühl Ausdruck geben: Integrativer Unterricht gehe zulasten der grossen Mehrheit der Schülerinnen und Schüler. Die kleine Gruppe der betreuungsintensiven Kinder und Jugendlichen gefährde den regulären Unterricht. Störenfriede und extrem langsame Schüler zögen die Leistung der ganzen Klasse nach unten, da die Lehrerinnen und Lehrer vor allem damit beschäftigt seien, den Schulbetrieb irgendwie aufrechtzuerhalten.

Diese Bedenken waren auch in Zürich zu vernehmen, als das Parlament im Frühling über die Förderklasseninitiative debattierte. Der FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois wählte deutliche Worte. «Die Schwachen erhalten keine besseren Chancen, wenn im Schulzimmer Chaos herrscht», sagte er. «Dieses System sorgt nicht für Chancengerechtigkeit, sondern höchstens dafür, dass am Ende alle gleich schlecht sind.»

Kein Wunder, stossen viele Lehrerinnen und Lehrer an Grenzen. Kein Wunder, haben viele von ihnen mit Gewissensbissen zu kämpfen, weil sie ihrer eigentlichen Aufgabe mitunter kaum mehr nachkommen können: einem guten Unterricht für alle ihre Schülerinnen und Schüler. «Das ist unter diesen Umständen eine Riesenarbeit, das kann man sich als Aussenstehender gar nicht vorstellen», sagte ein früherer Angestellter der Primarschule Leimbach in Zürich, nachdem er seine Stelle zusammen mit fünf weiteren Klassenlehrern entnervt gekündigt hatte.

«Separation nicht des Teufels»

Er werde seinen übrigen Schülern nicht gerecht, da die sehr schwierigen Köpfe der Klasse halt irgendwie mitzuschleppen seien. Verständlich, würden diese Kinder früher oder später Dinge demonstrieren, ihre Mitschüler und die Lehrer beschimpfen, auf die schiefe Bahn geraten. Er selbst wäre auch frustriert, wenn er dem Unterricht nicht folgen könnte und gleichzeitig merken würde, dass er die anderen ständig aufhalte und somit halt doch nicht dazugehöre, sagte der Mann im Juli gegenüber der NZZ.

Und ja, er befürworte die Förderklasseninitiative. Er arbeitet nun an einer anderen Primarschule in Zürich. 90 Prozent seiner jetzigen Schülerinnen und Schüler wäre geholfen, wenn sie sich gemeinsam auf den Schulstoff konzentrieren könnten, statt für die sehr schwierigen Kinder seiner Klasse ständig ein Sonderprogramm betreiben zu müssen, teilte er der NZZ für diesen Artikel mit.

In Gesprächen mit weiteren Lehrerinnen und Lehrern im Kanton Zürich klingt es ähnlich: Förderklassen im gleichen Schulhaus seien grundsätzlich eine gute Idee. Warum sollte die Wiedereingliederung danach nicht funktionieren? Viele Schülerinnen und Schüler machten in einem solchen Setting eine starke Entwicklung durch.

Ein Sek-B-Lehrer aus dem Knonauer Amt sagt, erweiterte Lernräume oder Schulinseln boomten bereits heute. Förderklassen für besonders anspruchsvolle Jugendliche wären da ein weiteres Mittel, um separate Gruppen «durch die Hintertüre» wiedereinzuführen. Doch für die meisten seiner Kollegen sei klar: Der integrative Unterricht sei gescheitert. Deswegen erfahre die Förderklasseninitiative im Lehrerzimmer grosse Zustimmung. Ein anderer Lehrer in der Stadt Zürich sagt: «Separation ist nicht per se des Teufels.»



Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) sieht das jedoch ganz anders. Der Verband hat sich früh auf ein Nein zu dem Volksbegehren festgelegt. Die Initiative bedeute «einen substanziellen Rückschritt um Jahrzehnte», die «Herausforderungen» der Volksschule liessen sich nicht durch «Separation» lösen, liess der Verband im Frühling verlauten.

In einem Positionspapier zu Heterogenität und Integration vom vergangenen Jahr ist von vielen Vorteilen die Rede: «Schüler:innen profitieren vom Peer-to-Peer-Learning, Toleranz und Respekt werden geschärft, das Verständnis von unterschiedlichen Bedürfnissen bei Kindern gefördert.» Passend dazu hat der Verband auf Facebook vor wenigen Wochen eine Kampagne lanciert: «Ja zur Vielfalt!» lautet das Motto der Filmchen. Zu Wort kommen unter anderem ein 9-jähriger Knabe mit ADHS und eine 15-Jährige, die als sportlich und introvertiert beschrieben wird und Hilfe bei der Lehrstellensuche braucht, «wenn ich mutlos bin». Die Botschaft dahinter: Kinder und Jugendliche benötigten Lehrkräfte, die sich für sie Zeit nehmen können. Und dafür brauche es mehr Ressourcen, Klassen mit maximal 19 Kindern, genug ausgebildete Lehrpersonen.

Der ersten Forderung dürften wohl auch die meisten Unterstützer der Förderklasseninitiative zustimmen. Doch mit deren Anliegen geht Lena Fleisch, die Präsidentin des Verbandes, ganz anders um, als die harmlosen Videos vermuten liessen. Die Initiative verlange einen Zwang, und das komme einem Eingriff in die Gemeindeautonomie gleich, sagte Fleisch kurz nach dem Kantonsratsentscheid in einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen. Weiter bezeichnete die ZLV-Präsidentin die von den Initianten vorgeschlagenen Förderklassen als «stigmatisierendes Bestrafungssystem» ohne Durchlässigkeit.

Im Gespräch mit der NZZ äussert sich Fleisch differenzierter. Sie stellt eine Gegenfrage: «Welches Kind teilen Sie ein in die Förderklasse? Jenes, das die Klasse am Montagnachmittag stört, oder jenes, das die anderen und die Lehrperson am Donnerstagnachmittag kaum in Ruhe arbeiten lässt?» Dieses eine oder jenes andere Kind, das die ganze Klasse jeden Tag – und das über Wochen – in Atem halte, das gebe es einfach nicht, sagt Fleisch. «Das ist eine Illusion, das haben mein Kollegium und ich in zwölf Jahren Primarschule noch nie erlebt.»

Zwang zu Förderklassen?

Wer muss gehen? Wer darf in der Regelklasse bleiben? Das zu entscheiden, dürfte bei der Umsetzung der Initiative tatsächlich nicht ganz einfach werden. Das Argument hingegen, dass das Volksbegehren die Gemeinden verpflichten wolle, Förderklassen zwingend einzurichten, ist falsch. Alle Kinder im Kanton Zürich sollen «bei Bedarf» und «auf Entscheid der Schulpflege hin» Zugang zu heilpädagogisch geführten Sonderklassen haben. So steht es im Initiativtext. Dieser sei – anders als aus dem Umfeld des ZLV behauptet – auch nicht verändert worden, hält die Initiantin Yasmine Bourgeois auf Anfrage fest. Die NZZ hatte bereits vor dem Tamedia-Interview mit Lena Fleisch geschrieben, dass der von den Initianten eingegebene Text keinen Zwang vorsehe, Förderklassen einzurichten.

Auch sonst gehen die Meinungen von Gegnern und Befürwortern der Initiative auseinander: Fleisch und ihre Mitstreiter sind überzeugt, dass man Heilpädagoginnen nicht einfach so aus Regelklassen abziehen könne, um – wie von den Initianten angepriesen – vorzugsweise im gleichen Schulhaus kostenneutral Förderklassen einzurichten. Das Know-how dieser Fachpersonen würde in den Regel-

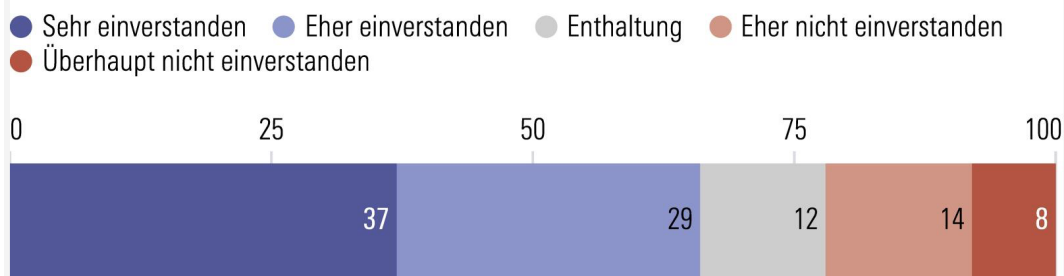


klassen schmerzlich vermisst. Die von der NZZ befragten Lehrerinnen und Lehrer sehen das anders. «Ich wäre absolut in der Lage, meine Klasse allein zu führen», sagt einer von ihnen. Er ist nicht Mitglied im Zürcher Verband.

Ja oder Nein zur Förderklasseninitiative? Auf eine Umfrage an der Basis hat der ZLV verzichtet. Zu aufwendig, zu komplexes Thema, um per Multiple-Choice-Antworten ein repräsentatives Bild zu erhalten, heisst es von der Verbandsspitze. An der Delegiertenversammlung vom vergangenen Juni wurde die bisherige Position klar bestätigt: Für die Volksinitiative votierte nur eine Handvoll der Anwesenden.

Sollen sonderpädagogische Kleinklassen wieder eingeführt werden?

Antworten von Zürcher Stimmberechtigten, in Prozent



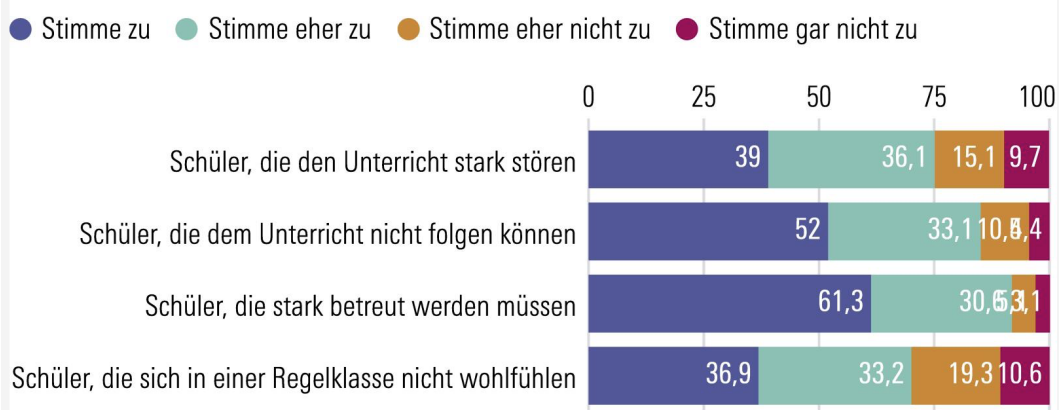
NZZ-Wahlumfrage zu den Zürcher Wahlen 2023, November/Dezember 2022 (N=2688, Stichprobenfehler: 1,89 Prozentpunkte).

QUELLE: GFS BERN

NZZ / nil.

Wer sollte eine Kleinklasse besuchen?

Antworten von Basler Lehrern, Eltern und Schulleitern, in Prozent



QUELLEN: STARKE SCHULEN BEIDER BASEL, 2024

NZZ / R. Sc.



Der Lehrerverband hat sich verrannt

NZZ, 15. Oktober 2025, Meinung & Debatte, Robin Schwarzenbach

Förderklassen in Zürich

Durchatmen. Nicht die Hände werfen. Genau hinschauen. Differenziert bleiben. Der anderen Seite keine bösen Absichten unterstellen. Und schon gar nicht in aller Öffentlichkeit falsche Informationen verbreiten – und auf Nachfrage auch noch darauf beharren. Das möchte man in der hitzigen Debatte um die Einführung von Förderklassen an Zürcher Primar- und Sekundarschulen allen Beteiligten zurufen. Befürworter und Gegner der vom Parlament bereits gutgeheissenen Volksinitiative machen es sich oft allzu leicht. Ihre plakativen Beschreibungen zum Zustand des integrativen Unterrichts können gar nicht zutreffen.

Weder herrscht in der Volksschule immer und überall totales Chaos, weil dort auch Kinder und Jugendliche im Rollstuhl, mit Hörgeräten oder mit einer Lernbehinderung unterrichtet werden. Oder solche, die sich zwischendurch kurz bewegen müssen, weil sie ADHS haben. Noch will die Förderklasseninitiative das Rad der Zeit zurückdrehen und den integrativen Ansatz komplett aus den Schulzimmern verbannen. Das Volksbegehren zielt auf wenige Härtefälle, die den Unterricht in manchen Klassen massiv stören. Gemeint sind die Systemsprenger, die plötzlich «Nein! Nein! Nein! Alles Scheisse!» schreien, Papier und Farbstift zu Boden schmeissen und ihren Kopf auf den Tisch schlagen. Die immer wieder beruhigt und mit Spezialaufgaben versorgt werden müssen. Die ihre Emotionen auch deshalb nicht unter Kontrolle haben, weil sie merken, dass sie dem regulären Unterricht kaum folgen können, alles aufhalten – und somit halt doch nicht dazugehören. Auch stille Kinder, die aus ähnlichen Gründen zu kämpfen haben und darunter ebenfalls leiden, könnten in einer Förderklasse besser aufgehoben sein.

Solche Formate gibt es bereits. Sie nennen sich Kleinklassen. Im Kanton Zürich werden sie nur von einer Handvoll Gemeinden geführt, so auch in Dietikon und Regensdorf. Die NZZ hat beide Schulen besucht. Und es zeigte sich: Das Setting für lernschwache und verhaltensauffällige Kinder funktioniert. Mehr noch: In Dietikon schaffen drei von vier Schülern den Sprung zurück in ihre angestammten Klassen, und das bereits nach ein bis zwei Jahren. Von einem «stigmatisierenden Bestrafungssystem» war an diesen beiden Orten nichts zu spüren. Die Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV) war sich dennoch nicht zu schade, die Idee der Initianten mit diesen Worten zu brandmarken.

Der Verband kämpft an vorderster Front gegen die Volksbegehren. Ausgerechnet – denn Förder- oder Kleinklassen sollen die Lehrkräfte der anderen Klassen entlasten. Ohne Wutkinder oder Trotzköpfe in ihrer schlimmsten Phase lässt es sich leichter unterrichten. Das sehen auch die Verantwortlichen in Dietikon und Regensdorf so. Aber dem Lehrerverband sind solche Erfahrungen egal. Lieber flüchtet er sich in Allgemeinplätze zum integrativen Unterricht («Toleranz und Respekt werden geschärft»). Lieber stellt er Filmchen mit Kindern und Jugendlichen mit leichten Einschränkungen online, um seiner immer gleichen Forderung nach «mehr Ressourcen» Nachdruck zu verleihen («Ja zur Vielfalt!»).



Lieber behaupten er und seine Präsidentin Lena Fleisch, dass das Volksbegehren einen Zwang verlange: Alle Gemeinden müssten Förderklassen einführen, auch gegen ihren Willen. Das stimmt einfach nicht. Sie sollen dies «bei Bedarf» tun können, und zwar «auf Entscheid der Schulpflege hin». Der eingereichte Text der Initianten ist – anders als vom ZLV insinuiert – nachträglich auch nicht verändert worden.

Der Verband sollte sich schämen für diese Falschdarstellung. Toleranz und Respekt? Fehlanzeige. Mit der schönen Welt der «Vielfalt» im Klassenzimmer dürfte der Alltag der meisten Lehrpersonen wenig zu tun haben. Kein Wunder, fühlen sich viele Pädagogen nicht vertreten – sofern sie überhaupt Mitglied sind in dem Verband. Und das sind im Kanton Zürich weniger als ein Drittel der Volksschullehrer.

Die Schule wird für Ideologien missbraucht»

NZZ, 13. Oktober 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann

Der renommierte Kinderpsychologe Allan Guggenbühl hadert mit der Bildungselite. Im Gespräch mit Sebastian Briellmann erklärt er, warum Buben im Unterricht benachteiligt werden – und weshalb die pädagogischen Hochschulen daran schuld sind

Herr Guggenbühl, wären die Schulen ein Paradies, wenn da nur nicht die Buben wären?

Das wären sie eindeutig nicht. Auch Mädchen haben ihre Schattenseiten. Sie können etwa Lehrer besser manipulieren, um ihre Interessen durchzusetzen.

Erzielen Mädchen deshalb die besseren Noten, auch bei gleicher Leistung? Die Benachteiligung der Buben ist belegt.

Ja, Mädchen werden bevorteilt, aber das geschieht unbewusst. Weil sie eben angenehmer sind, weil sie realisieren, dass es um persönlichen Kontakt geht. Sie sagen oft, was die Lehrerin hören will. Buben prahlen gerne mit ihren Taten.

Warum haben Buben die Neigung zum Störenfried?

Weil sie gerne polarisieren, das Extreme suchen. Hinter dem «Blöd-Tun» versteckt sich ein Versuch der Beziehungsaufnahme – zur Lehrerin oder zu den Kollegen. Man gibt sich eine Bühne. Auf diese Weise finden sie ihre Position in der Klasse: Einer ist der Witzigste, Gescheiteste, Stärkste, und einer ist auch der «dumme Siech» – aber selbstverständlich sind sie alle Kollegen.

Warum können Lehrer mit diesem Verhalten so schlecht umgehen, so dass es in Benachteiligung mündet?

Mit dem Beziehungs-Talk, der heute empfohlen wird, erreicht man viele Buben nicht. Fragen wie «Wie fühlst du dich?» oder «Wie geht es dir?» überfordern sie. Was ankommt, sind konkrete Fragen und Themenvorschläge. Wie war der Fussballmatch am Wochenende? Was macht deine Sammlung von Steinen? Zeigt man aufrichtige Neugierde an ihren Interessen, dann kann man eine Beziehung aufbauen. Bei Männerfreundschaften verhält es sich ähnlich. Das Persönliche anzusprechen, ist nicht zwingend notwendig für eine gute Beziehung.



Das klingt altmodisch. Heute gilt, dass man auf jedes Kind individuell eingehen solle. Nach dem Gemütszustand zu fragen, ist doch rücksichtsvoll.

Das Problem ist, dass viele Kinder ihre Emotionen nicht mit der Lehrerin teilen wollen. Im Schulkontext halten sie sich mit persönlichen Aussagen zurück. Sie wollen sich schützen. Das Fragen nach ihren Gefühlen erleben sie als Heuchelei oder Psychokitsch. Wenn den Lehrern Gefühle wichtig sind, dann sollen sie entsprechend handeln, das genügt.

Warum? Persönliche Nähe ist per se positiv . . .

Sicher, doch wenn sie systematisch und als didaktisches Mittel eingesetzt wird, dann droht ein Kontraeffekt. Schulklassen sind keine Gemeinschaft von Freunden, sondern Zwangsgemeinschaften, in denen jeder seine Rolle finden muss. Ein Abbild der Gesellschaft.

Also herrscht an den Schulen zu viel «Gschpürsch-mi-fühlsch-mi»?

Ja. Das Problem sind nicht die Lehrer, die geben sich wirklich Mühe. Es ist der aktuelle pädagogische Diskurs, der auch in den pädagogischen Hochschulen dominiert: Gentle Teaching. Der Lehrer wird aufgefordert, die Schüler mit einer quasitherapeutischen Brille anzugehen, damit diese ihre Probleme erkennen, Hilfe annehmen, freiwillig kooperieren und selbsttätig lernen. Je mehr Erwachsene sich persönlich um die Schüler kümmern, desto besser. Diese Gleichung stimmt jedoch nicht. Je mehr Erwachsene im Schulzimmer sind, desto schwächer ist der Gruppenzusammenhalt der Kinder. Die Gemeinschaft mit all ihren Vor- und Nachteilen leidet – und es kommt zu einer Zunahme von Störenfrieden.

Was wäre zu tun, wie würden Sie konkret unterrichten?

Letzten Herbst war ich in einer Klasse, die niemand unterrichten wollte. Es begrüßten mich lauter coole, zynische Jungs, die mit Psychologen gar nichts am Hut hatten. Ich war ratlos und sagte spontan: «Ich weiss nicht, ob ich mit euch arbeiten will, ich arbeite nur mit Winnern, Loser interessieren mich nicht!» Das war politisch nicht ganz korrekt, doch ihre Lebensgeister wurden geweckt. Sie begehrten auf und wollten mir beweisen, dass sie Winner sind. Darum waren sie bereit, mit mir zu arbeiten.

Das mag ja sein, zementiert jedoch klischeierte Rollenbilder.

Klischees enthalten aber oft einen Kern Wahrheit. Wenn man Buben als Gruppe anspricht, braucht es eine andere Sprache als im Einzelkontakt. Man muss sich inszenieren.

Sie sagen, dass diese falsche Herangehensweise an den pädagogischen Hochschulen geprägt werde. Wie kann es sein, dass man sich dort so verschätzt?

Weil vergessen wird, dass es sich bei der Schule um eine anarchische Institution handelt. Das Geschehen wird von unzähligen schwer kontrollierbaren Faktoren beeinflusst. Lehrer sind permanent mit Chaosabwehr beschäftigt. Der Unterricht basiert heute jedoch auf Vorstellungen, wie das Leben sein sollte. Diese Haltung wird den Kindern oktroyiert. Durch diese ideologische Verblendung wird die Schule nun allerdings zu einem Objekt der Arbeit an einer besseren Gesellschaft. Das ist nicht zum Wohle der Kinder.

Jetzt übertreiben Sie.

Nein. Die Hochschulen brauchen dringlichst Praktiker. Die Benachteiligung der Buben ist auch eine Auswirkung einer allgemein akzeptierten Gesellschaftskritik an Männern. Man erkennt Problemati-



ken – und das ist auch gut –, doch problematisch ist, dass man sie über die Schule beheben will. Sie wird zweckentfremdet und droht ideologisiert zu werden. Guter Unterricht beruht auf der Reflexion praktischer Erfahrungen und kaum auf den Erkenntnissen evidenzbasierter Forschung. Es herrscht jedoch der Irrglaube, dass die Forschung mehr zur Schule zu sagen habe als die Männer und Frauen an der Front. Man richtet sich nach Utopien aus und vergisst die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kinder.

Welche Utopien finden denn den Weg an die Schulen?

Es geht um Vorstellungen à la: Alle werden sich besser verstehen, wenn sie sich gegenseitig zuhören, sich soziale Kompetenzen aneignen. Es geht um die Gleichheit der Geschlechter oder Empathie als Zaubermittel. Schulen sind ein konservatives Element, keine Innovationsstätten. Sie sollen Traditionen weitergeben und aufzeigen, wie das Leben ist – und nicht so, wie es sich die Verantwortlichen an den pädagogischen Hochschulen vorstellen.

Stellen sich diese eine woke Schule vor?

Staatliche Institutionen neigen dazu, woke zu werden. Sie geben sich den Auftrag, die Gesellschaft zu verändern und eine Vision zu vertreten, statt dem Volk zu dienen.

Was Sie beschreiben, klingt wie ein gerne geäusselter Vorwurf: Der Lehrerberuf ist feminisiert, die Interessen der Buben werden rasch als problematisch eingestuft. Sie nehmen aber die Lehrer von Ihrer Kritik aus.

Nein, aber so, wie Sie es schildern, klingt es so, als ob die Krise der Buben vor allem an den Lehrerinnen liege. Das stimmt nicht. Ich habe viel mit Lehrerinnen zu tun, die super mit Buben umgehen. Das Problem liegt am aktuellen pädagogischen Diskurs. Zum Beispiel die Idee des selbsttätigen Lernens. Tönt gut. An Hochschulen wird das als der Weisheit letzter Schluss betrachtet. Das Problem ist jedoch, dass Buben sich selbsttätig anderem, oft nicht schulkonformem Stoff zuwenden. Sie passen sich nicht den impliziten Erwartungen an.

Diese benachteiligende Form des Unterrichts ist nicht neu. Sie schrieben vor zwanzig Jahren das Buch «Kleine Machos in der Krise», der Kinderarzt Remo Largo sagte nur wenig später: «Der gute Schüler von heute ist ein Mädchen.» Wie kann es sein, dass man das so lange Zeit akzeptiert?

Wir weigern uns, den Fakt der Benachteiligung anzuerkennen. Warum, weiss ich auch nicht. Wahrscheinlich wegen der verakademisierten Bildungselite, die die Schule als Projektionsfläche für Utopien und Ideologien missbraucht. Dabei ist Schule-Geben wie eine Lehre. Keine Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm. Die erfahrenen Praktiker hatten bei den Reformen keine Stimme. Ich habe auch einmal ein Lehrerdiplom gemacht: Wir lernten das Unterrichten dank erfahrenen Lehrern, die alles erlebt haben, auch schlimme Klassen. Die Theorie war auch nett, durchaus interessant, aber oft wenig hilfreich für die pädagogische Praxis.

Befürworter der heutigen, progressiven Schule entgegnen: Warum dieser Aufstand? Mädchen und Frauen haben lange genug gelitten – aber nur wegen der armen Buben empört man sich?

Es geht nicht um arme Buben, sondern einen Unterricht, der beiden Geschlechtern gerecht wird. Dass es zu einem Backlash kommt, verwundert mich nicht, wenn man sieht, wie heute übertrieben wird – und Buben effektiv benachteiligt werden.



Wie kommen die Schulen wieder zurück in die Spur?

Schulen kann man als wohlwollende Unterwerfungsinstitution verstehen. Es ist kulturell notwendig, dass sich Schüler unseren Normen und Werten anpassen. Das gilt auch bei Herausforderungen mit Migranten aus anderen Kulturen. Schulen sind keine Selbstverwirklichungsarenen. In diesem Sinne braucht es die Autorität des Lehrers, die Anpassung einfordert, auf eine persönliche, gutmütige Art. Dies ist vor allem bei Kindern aus patriarchalen Kulturen wichtig.

Machos wie Donald Trump oder Andrew Tate sind längst wieder in.

Zu wenig gelebte Männlichkeit führt zu extremen Formen des Machismo. In den Schulen versagen wir, weil wir es nicht hinbekommen, eine zivilisierte Form von Männlichkeit zu leben. Es ist jedoch problematisch, wenn Männlichkeit per se als toxisch beschrieben wird. Wir wissen dank Untersuchungen, dass heute schon kleine Buben in den Schulen das Gefühl haben, sie würden benachteiligt. Und dann irgendwann selbst glauben, dass sie toxisch seien.

Was macht die Bevorteilung eigentlich mit den Mädchen?

Mädchen wünschen sich eigentlich dasselbe wie Buben. Sie vermissen den Typen, der sein kann, wie er ist. Deshalb finden sie den Macho attraktiver denn je. Kann das das Ziel sein?

Müsste man deswegen zurück zum geschlechtergetrennten Unterricht? Mädchenschulen erfreuen sich grosser Beliebtheit, obschon sie staatlich unter Druck geraten.

Ich bin ein Verfechter verschiedener Schulformen. Es braucht für mich nicht zwingend geschlechtergetrennte Schulen, aber Teile des Unterrichts getrennt zu absolvieren, halte ich für sinnvoll.

Was bedeutet der Status quo, dass immer mehr junge Frauen die Matur machen, in vielen Studiengängen die Mehrheit stellen – oder zumindest stark aufholen?

Es ist für die Gesellschaft nicht gut, wenn wichtige Berufe fast ausschliesslich von einem Geschlecht ausgeübt werden. Durchmischung ist wichtig, da Männer in Berufen oft andere Ziele verfolgen, mehr wagen und hinterfragen. Die männliche Neigung zu Disruption droht bei Psychologen, Ärzten und bei Lehrern zu fehlen. Es gibt eine eigenartige Entwicklung: Das Ziel ist es ja, dass alle Berufe allen offenstehen, aber nun erleben wir eine Separierung. So züchten wir eine Zweiklassengesellschaft heran.

Aber wer ein Handwerk erlernt, verdient heute bisweilen mehr als ein Akademiker.

Das stimmt. Dennoch ist es nicht gut, wenn zumindest im tertiären Bildungsbereich eine Separierung entsteht. Es braucht in allen Lebensbereichen männliche und weibliche Fähigkeiten und Eigenschaften.

«Ich war die perfekte Zielscheibe»

Tages-Anzeiger, 9. Oktober 2025, Politik & Wirtschaft, Anja Burri

Sprachunterricht • Über ihre Forschung zum Erfolg von frühem Fremdsprachenlernen stritt die ganze Schweiz. Doch die Forscherin Simone Pfenninger ist trotz öffentlichen Drucks Professorin geworden. Was ihre Geschichte über die Frühfranzösisch-Debatte zeigt.



Die Wissenschaftlerin Simone Pfenninger wusste schon vor zehn Jahren, dass sie mit ihrer Studie zum frühen Sprachenlernen in ein hoch umstrittenes Gebiet vorstossen würde. Über das Ausmass der Emotionen, die ihre Befunde in der Schweiz auslösten, staunt sie aber noch heute.

Als die Schweiz zum ersten Mal erbittert über das Frühfranzösisch stritt, veröffentlichte Pfenninger ihre Forschungsarbeit. Sie hatte über 600 Zürcher Gymnasiasten fünf Jahre lang begleitet und kam zum Schluss, dass sich ein früherer Beginn des Fremdsprachenunterrichts nicht lohnt. In ihrer Studie hatten Kinder, die bereits mit 8 Jahren Englisch lernten, am Ende der obligatorischen Schulzeit keine Vorteile gegenüber jenen, die erst mit 13 Jahren damit anfangen.

Dies sei ein «entscheidendes Ergebnis» angesichts des immer früher beginnenden Fremdsprachenunterrichts in ganz Europa, schrieb Simone Pfenninger Ende 2014. Wichtig sei es gerade auch angesichts der «Tendenz der Bildungspolitiker, das Alter der Schüler als die entscheidende, wenn nicht gar die einzige kritische Variable zu betrachten». In den Medien doppelte sie nach: «Das heutige Kurzfutterkonzept mit rund zwei Wochenlektionen pro Sprache ist zum Scheitern verurteilt», sagte sie damals dieser Redaktion.

Pfenningers wissenschaftliche Arbeit wurde damit über Nacht politisch.

Die Studie sei «qualitativ nicht genügend»

Die mächtigsten Bildungspolitiker des Landes waren nämlich dabei, durchzusetzen, dass alle Deutschschweizer Primarschulkinder neben dem viel beliebteren Englisch weiterhin auch Französisch lernen müssen. Der so mühsam ausgehandelte Sprachenkompromiss drohte in verschiedenen Kantonen, etwa im Thurgau, zu bröckeln. Diese hatten kein Interesse daran, den Beginn des Fremdsprachenunterrichts neu zu diskutieren. Und das kriegte Pfenninger, die selbstbewusste Linguistin der Universität Zürich, zu spüren.

Der damalige Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und basel-städtische Bildungsdirektor Christoph Eymann sprach ihr kurzerhand die Kompetenz ab, in der Fremdsprachendebatte mitzureden: «Aus Pfenningers Studie können keine Erkenntnisse für die aktuelle Diskussion abgeleitet werden», schrieb er in einem Beitrag in der «Basler Zeitung». In einer Forschungsübersicht über relevante Studien zum Fremdsprachenlernen habe Simone Pfenningers Arbeit keinen Eingang gefunden, «weil sie offensichtlich qualitativ nicht genüge».

Pfenninger konnte nachträglich zwar beweisen, dass ihre Studie nicht berücksichtigt worden war, weil sie dafür zu spät veröffentlicht wurde. Doch es nützte nichts. Auch der Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Stefan Wolter, sagte, Pfenningers Erkenntnisse seien bereits widerlegt.

Mittlerweile ist Pfenninger ordentliche Professorin für englische Sprachwissenschaften an der Universität Zürich. Die politisch so heftig umstrittene Studie war ihre Habilitation und damit die Grundlage ihrer akademischen Karriere. «Ich hatte immer Rückhalt von der Forschung und der Uni», sagt sie. Internationale Kollegen verfassten damals sogar ein Solidaritätsschreiben für Pfenninger - in anderen Ländern hatten Forscher, die ähnliche Befunde veröffentlichten, viel weniger Gegenwind.



Staunen über den schnellen politischen Wandel

«In der Schweiz war ich damals ein leichtes Opfer», sagt Pfenninger. Als junge Frau ohne unbefristete Stelle an einer Hochschule sei sie die perfekte Zielscheibe für öffentliche Diskreditierungen gewesen. Doch diese Zeiten sind vorbei.

Simone Pfenningers Geschichte zeigt, wie stark sich die öffentliche Debatte über das Frühfranzösisch in den letzten zehn Jahren verändert hat. Wer das Frühfranzösisch kritisiert, ist kein Aussen-seiter mehr - und die Leidenschaft jener, die das frühe Lernen einer zweiten Landessprache einfordern, ist abgeflaut. Dafür werden Stimmen für alternative Lösungen lauter: Die Erziehungsdirektoren von Schaffhausen oder Nidwalden wollen Frühenglisch auf die Oberstufe verschieben. Es ist eine politische Idee, die von Pfenningers Forschungsergebnissen gestützt wird.

Dennoch erstaunt auch die Professorin diese Entwicklung. «Ich hätte nicht gedacht, dass man diesen Sprachenkompromiss in der Schweiz so schnell über Bord wirft», sagt sie und meint die Kantonsparlamente in Appenzell Ausserrhoden, Zürich und St. Gallen, die sich nun gegen das Frühfranzösisch ausgesprochen haben.

Bei diesem Streit geht es um nationalen Zusammenhalt

Pfenninger erklärt den politischen Wandel mit einem wissenschaftlichen Modell. Politische Entscheidungen basierten auf drei Pfeilern, sagt sie: Ideologie, Interessen und Information. «Vor zehn Jahren dominierten individuelle und politische Interessen sowie die Ideologie die Frühfranzösisch-Debatte: Je früher, desto besser, hiess es überall.» Nun sei die Information wichtiger geworden, da sehr viele Menschen - Schüler, Eltern und Lehrpersonen - ihre Erfahrungen mit dem Unterricht gemacht hätten. «Dadurch ist der politische Druck auf das frühe Fremdsprachenlernen gestiegen.»

Das könnte Christoph Eymann, Alt-Regierungsrat und -EDK-Präsident, eigentlich kaltlassen. Der 74-Jährige ist längst nicht mehr für die Sprachenpolitik zuständig. Und doch beschäftigt sie ihn. «Ich finde, die Frühfranzösisch-Frage wird heute etwas gar flapsig behandelt», sagt er. Es gehe ja nicht bloss um ein paar Lektionen oder schlechte Noten, wie es scheine, wenn man gewissen Leuten zuhöre. Eymann verbindet mit dem frühen Fremdsprachenlernen etwas anderes: «Wir müssen dem Zusammenhalt zwischen den Sprachregionen in unserem Land Sorge tragen.»

Das habe ihn bereits vor zehn Jahren als EDK-Präsident angetrieben. Auch die Kritik an Pfenninger sei in diesem Licht zu betrachten, sagt er. Es habe in der Wissenschaft verschiedene, sehr unterschiedliche Stimmen gegeben. «Für mich wogen andere Argumente einfach schwerer als jene von Simone Pfenninger.» Es sei ihm nicht darum gegangen, die Forscherin zu diskreditieren. «Aber es gab Kräfte, die benutzten diese Studie als ultimatives Beweismittel gegen das Frühfranzösisch. Und das war einfach nicht angebracht.»

Pfenninger selber sagt, es sei schade, wie einseitig ihre Studie in der Öffentlichkeit diskutiert worden sei. Ihre Ergebnisse hätten nämlich auch aufgezeigt, wie sich der Fremdsprachenunterricht verbessern müsste. Und die wesentlichen Erkenntnisse hätten sich in einer neuen Erhebung bestätigt. Sie sammelte acht Jahre lang Daten an einer internationalen Schule, an der 5- bis 12-jährige Kinder abwechselungsweise ganze Tage in Englisch oder Deutsch unterrichtet werden. Das Resultat: Die Kinder profitieren tatsächlich von einem möglichst frühen Fremdsprachenunterricht - aber eben nur,



wenn er im Rahmen eines «Sprachbads» stattfindet. Einzelne Lektionen in diesem Alter brächten kaum etwas.

Dass es heute sehr wenige neue Studien zum Thema gebe, sei schade, sagt Pfenninger, aber nicht verwunderlich: Der politische Druck habe viele Wissenschaftler abgeschreckt.

Jedenfalls tauchen in der aktuellen Frühfranzösisch-Debatte dieselben Studien auf wie schon vor zehn Jahren. Etwa kürzlich, als die Zürcher Regierung versuchte, den Kantonsrat mit wissenschaftlichen Argumenten davon zu überzeugen, das Frühfranzösisch nicht abzuschaffen - vergeblich, wie sich zeigte.

Der Lapsus der Zürcher Bildungsdirektion

Die Ironie der Geschichte ist, dass der Regierung dabei ein Fehler unterlief: Pfenningers Untersuchung, so heisst es in der Regierungsantwort auf die Frühfranzösisch-Motion, zeige, dass frühes Fremdsprachenlernen sich positiv auf die Motivation der Schüler auswirke. Nur steht das nicht in Pfenningers Studie.

Wie kann das passieren? Das bleibt auch nach einer Anfrage bei der Bildungsdirektion unklar. Eine Sprecherin schreibt, man habe mit Pfenningers Studie eine andere Aussage belegen wollen, die unglücklicherweise weiter vorn im Text stehe, und auch dort gehe es nur um den ersten Teil eines Satzes bis zum Komma.

Vor zehn Jahren hätte Simone Pfenninger nach so einer Publikation wohl Anrufe, Briefe und Mails erhalten. Doch die aktuelle Frühfranzösisch-Debatte verläuft anders und unaufgeregt: Den Lapsus der Bildungsdirektion hat bisher schlicht niemand bemerkt.

«Aus meiner Sicht gehören soziale Medien für Minderjährige verboten»

Tages-Anzeiger, 6. Oktober 2025, Politik & Wirtschaft, Tanja Hudec

Oberster Schulleiter der Schweiz • Kindern mangelt es zunehmend an selbstverständlichen Fähigkeiten: vom Turmbauen bis zum Velofahren. Thomas Minder bereiten vor allem die Helikoptereltern Bauchweh.

Kinder, die nicht mit Scheren hantieren können, noch nie im Wald waren oder im Kindergarten Windeln tragen - solche Beobachtungen werden zunehmend gemeldet. Die Aargauer Bildungsdirektorin Martina Bircher sagte jüngst im «Blick»: «Wir müssen immer mehr Erziehungsarbeit leisten und Defizite aus den Elternhäusern ausbaden.»

Diese Redaktion hat mit Verkehrspolizisten, Schulleitungen sowie Lehrpersonen aus verschiedenen Kantonen gesprochen, die Kinder vom Kindergarten- bis zum Oberstufenalter unterrichten. Auch sie sprechen von auffälligen Defiziten ihrer Schüler und Schülerinnen.



Fragt man nach den Gründen, geht der Fingerzeig Richtung Eltern. Aber sind wirklich die Eltern die Hauptschuldigen? Wo endet Familienaufgabe, wo beginnt Schule? Welche Massnahmen braucht es? Thomas Minder, oberster Schulleiter der Schweiz, stellt sich diesen Fragen und spricht über die wahre Aufgabe der Schule, Vorurteile gegenüber Ausländern sowie den Schaden, den Helikoptereltern anrichten.

Herr Minder, Ihr Lächeln zeigt: Sie hören die Defizite, die Lehrer bei Kindern beobachten, nicht zum ersten Mal?

Nein. Und ich würde intuitiv zustimmen: Wir haben mehr Kinder mit motorischen und anderen Entwicklungsschwierigkeiten. Die Mehrheit ist aber okay. Leider reicht es, wenn eine gewisse kritische Masse überschritten wird, damit es stört.

Die Lehrpersonen sagten, die Hälfte oder sogar die Mehrheit der Kinder zeige diese Defizite.

Das würde ich bestreiten. Die Frage ist aber auch: Ist Heterogenität ein Störfaktor oder eine Inspiration?

Wenn ein Kind im Alter von elf Jahren nicht Velo fahren kann, nennen Sie das Heterogenität?

Nein, das ist ein Manko. Ich finde es aber wichtig, dass man die Eltern nicht als Sündenböcke hinstellt.

In den Elterngesprächen zeigt sich aber: Vierjährige sitzen täglich zwei Stunden vor dem TV. Eltern nehmen sich keine Zeit, um ihnen den Umgang mit einer Schere beizubringen oder zu zeigen, wie man ein Glas Wasser einschenkt.

Ich beobachte diese mir bekannte Entwicklung mit einem unguuten Gefühl. Doch: Eltern handeln selten vorsätzlich. Unsere Gesellschaft hat sich verändert: Statt dass die Frau sich zu Hause um die Kinder kümmert, müssen heute oft beide Elternteile arbeiten.

Die Gleichstellung ist schuld an dieser Entwicklung?

Nein, wir haben viel mehr Annehmlichkeiten als früher, wir sind bequemer geworden. Ein französischer Mediziner sagte mir einst, dass unsere Herzleistung im Vergleich zur vorherigen Generation stetig abnimmt. Das heisst: Wir sind heute gar nicht mehr in der Lage, dasselbe zu leisten wie unsere Vorfahren - einfach aufgrund der Umstände, wie wir aufwachsen.

Wir verweichlichen also?

So könnte man es sagen. Diese gesellschaftliche Tendenz spüren wir auch in der Schule, und wir müssen damit umgehen.

Gemäss Lehrpersonen sind Eltern mit Migrationshintergrund ein grosses Problem, weil sie ihre Kinder mit einer Tüte Chips vor dem TV parkieren.

Mit diesem Vorurteil möchte ich aufräumen. Sprechen wir doch vom sozioökonomischen Status, statt alle Ausländer in eine Schublade zu stecken. Würden wir den Migrationshintergrund als Kriterium nehmen, müssten wir auch gut gebildete Expats dazuzählen. Es gibt zudem auch Schweizer mit tiefem Einkommen und schlechter Bildung.

Der Vorwurf bleibt aber derselbe: Statt «Fangis» zu spielen, sitzen immer mehr Kinder stundenlang auf dem Sofa und schauen «Paw Patrol».

Wenn ein Vierjähriger täglich zwei Stunden vor dem Tablet sitzt, ist das sicher schädlich. Abgese-



hen von Schlafstörungen und Konzentrationsschwierigkeiten geht Zeit auch verloren, um wertvolle Fähigkeiten zu lernen.

Zweitens bezeichnen Lehrkräfte die sogenannten Helikopter- und Rasenmähereltern als grosses Problem. Diese trauen ihren Kindern aus Angst nichts mehr zu und räumen ihnen alle Hindernisse aus dem Weg.

Genau. Dieses absolute Sicherheitsbedürfnis in unserer Gesellschaft schadet unseren Kindern mindestens genauso wie zu viel Bildschirmzeit. Wir wollen sämtliche Risiken minimieren. Dabei ist die Welt in Sachen Kriminalität und Verkehr deutlich sicherer als vor 100 Jahren. Trotzdem haben Eltern das Gefühl, sie müssten ihren Kindern einen GPS-Tracker ins Zsnütäschli stecken. Das Thema der Überwachung taucht in fast jedem Elterngespräch auf. Ich rate dringendst davon ab.

Wie reagieren Eltern auf diesen Rat?

Sie entgegnen, ihr Kind wisse ja nicht, dass es getrackt werde. Kinder sind aber nicht blöd: Sie merken doch, dass das Mami jedes Mal plötzlich dasteht, wenn es schwierig wird. So lernt ein Kind nicht, Konflikte zu lösen. Das Elterntaxi ist ein weiteres Beispiel dafür.

Weil die Kinder den Schulweg nicht selbst meistern müssen?

Auch. Am schlimmsten finde ich aber, dass sie dem Kind eine gigantische Entwicklungschance nehmen. Mein Rat: Eltern sollen ihren Kindern nicht nur etwas zutrauen, sondern auch etwas zumuten.

Viele Eltern halten es für sicherer, wenn sie ihre Kinder in die Schule fahren.

Die Risikominimierung ist ein subjektives Gefühl. Die Chance, mit dem Auto zu verunfallen, ist ähnlich hoch wie zu Fuss. Gleichzeitig steigt mit jedem Elterntaxi das Risiko für die anderen Kinder, die zur Schule laufen. Der Entscheid ist egoistisch. Und: Wer nur mit dem Auto zur Schule gefahren wird, lernt nicht, Gefahren einzuschätzen.

Die Eltern sind also doch das Problem?

Ich will nicht alle in einen Topf werfen. Aber ja: Wenige Eltern sind für ihre Kinder das grösste Problem.

Was bedeutet das für Schulen?

Wir müssen uns fragen: Wie kommen wir an die Eltern heran, deren Kinder noch nicht im Schulsystem sind?

Dann teilen Sie die Meinung von Martina Bircher? Die Aargauer Bildungsdirektorin sagte kürzlich zum «Blick», die Väter- und Mütterberatung solle zu den Eltern nach Hause gehen und sie dort aufklären.

Dass frischgebackene Eltern zu Hause Unterstützung bekommen, finde ich richtig. Früher übernahm dies die Grossfamilie. Dass die Schule aber zu den Eltern nach Hause geht, wäre mir zu invasiv.

Was wäre Ihr Ansatz?

Man müsste Anreize schaffen für die Eltern. So ganz spontan: Wenn sie drei Anlässe der Elternberatung besuchen, ist die Spielgruppe gratis. Es soll eine Unterstützung sein, eine Partnerschaft, keine Inspektion oder Bevormundung.



So wie die Gemeinde Weisslingen, die derzeit mit einem Pilotprojekt Eltern aus sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen bei der Vorbereitung auf den Kindergarten unterstützt?

Davon wusste ich nichts. Aber ja, solche Massnahmen sind heute wohl nötig. Früher nannte man dieses Programm die Spielgruppe. Dass nun Gemeinden aktiv werden, stützt meine These: Die Rolle der Schule wird bereits früher wichtiger. Ich finde das richtig.

Die Schule soll die Fehler der Eltern ausbügeln?

Es wäre schön, die Kinder dürften mit den Eltern lernen Velo zu fahren. Am Ende ist die Schule aber das System, das die Lücken aus dem Elternhaus füllt. Die Schule muss sich der Gesellschaft anpassen, umgekehrt funktioniert es nicht. Wir sind gefordert, neue Ansätze zu suchen.

Haben Sie einen Vorschlag?

Statt auf Mathe und Deutsch zu fokussieren, müssen wir wohl darauf achten, dass die Kinder beweglich bleiben, dass sie soziale und emotionale Reife lernen, weil unsere Gesellschaft das fordert. Vielleicht ist das die Lösung in einer Zeit, in der das Internet und KI das Wissen liefern.

Das Thema KI bringt uns zur Digitalisierung: Jugendliche verbringen Stunden am Handy und büssen ebenfalls wichtige Fähigkeiten ein. Was halten Sie von einem Handyverbot an Schulen?

Für mich ist das Politmarketing von Bildungsdirektoren. Die Frage ist eine andere: Brauchen wir für etwas derart Süchtigmachendes, Invasives - ein Vergleich mit Alkohol und Tabak drängt sich auf - nicht einen Jugendschutz? Ganz besonders in Bezug auf soziale Medien.

Wie lautet Ihre Antwort?

Ja, aus meiner Sicht gehören soziale Medien für Minderjährige verboten. Abzustimmen und ihr eigenes Geld zu verwalten, trauen wir den Jugendlichen per Gesetz erst nach dem 18. Lebensjahr zu. Wieso gilt das nicht für Programme, mit denen Erwachsene kaum vernünftig umgehen können? Wollen wir wirklich, dass Algorithmen entwickelt werden, um die noch nicht ausgereiften Gehirne unserer Kinder in den Bann zu ziehen?

Pro & Kontra • Sollen Social Media für Jugendliche verboten werden?

Tages-Anzeiger, 10. Oktober 2025, Meinungen

Der oberste Schulleiter will es, der Bundesrat prüft es. Unsere Redaktion ist über ein Verbot von Tiktok und Co. für Teenies gespalten.

Ja

Ich war schon über dreissig, als ich mich bei Tiktok anmeldete. Keine 24 Stunden später war ich süchtig. Monatelang raubte die App mir den Schlaf. Wenn selbst Erwachsene wie ich den Plattformen verfallen, wie soll das Gehirn eines Jugendlichen da standhalten?



Social Media stehlen unsere Aufmerksamkeit. Ingenieurinnen und Psychologen haben den Suchtmechanismus perfektioniert: jedes Like eine Mikrodosis Dopamin; Nonstop-Hirnstimulation; Sucht pur. Die langfristigen Effekte zeigen sich erst langsam. Noch ist die Forschung nicht eindeutig, doch Grund zur Vorsicht gibt es allemal: Die Konzentrationsfähigkeit sinkt, Schlaf und Stimmung leiden, Scrollen verdrängt Bewegung, Lesen und analoge Begegnungen. Cybermobbing nimmt rapide zu.

Genau deshalb braucht es Regeln - wie bei Alkohol und Tabak. «Der Zusammenhang mit psychischen Problemen ist nicht bewiesen», lautet der Einwand. Korrekt. Und in den 50ern galten Zigaretten als gesund. Eine Lobby-Maschinerie arbeitete jahrzehntelang daran, dass es so blieb. Jugendschutz muss bedeuten, Risiken zu begrenzen, bevor aus Indizien traurige Gewissheit wird.

Und Indizien gibt es genug: Mädchen schlittern wegen Magerwahn auf Instagram in Essstörungen. Jungs sterben an gefährlichen Tiktok-Challenges. Depressionen, Suizide, Ängste, Einsamkeit und Stress nehmen seit 2010 rapide zu, wie der Psychologe Jonathan Haidt in seinem Buch «Generation Angst» gezeigt hat.

Verbote lassen sich umgehen, klar. Auch wir haben auf dem Pausenplatz geraucht. Aber wenigstens sind wir dank des Jugendschutzes nicht schon mit der Zigarette im Mund aufgewacht.

Fakt ist, dass die Selbstkontrolle gegenüber professionellen Suchtmaschinen regelmässig versagt. Wer behauptet, 13- oder 14-Jährige könnten souverän dagegenhalten, ignoriert die Neuropsychologie der Pubertät. Und die Realität vieler Eltern, die ohnehin schon überlastet, überarbeitet und - pardon - selber süchtig sind.

Ein Verbot würde Familien, Schulen und Kindern Zeit verschaffen. Zum Lesen, Lernen, Spielen, Streiten und vor allem: zum Sich- Langweilen.

Die Kantone Aargau, Nidwalden und Wallis handeln jetzt schon: Sie verbieten Handys an Schulen und sorgen dafür, dass Kinder einen letzten Raum haben, wo sie miteinander reden und nicht nebeneinander scrollen. Mehrere EU-Staaten wollen ein Mindestalter für soziale Medien. Und Australien hat ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige bereits beschlossen.

Es wird Zeit, nachzuziehen.

Sofiya Miroshnyk

Nein

Man kann die Sorgen von Eltern und Pädagogen verstehen. Kinder und Jugendliche, die regungslos am Handy kleben, um sich auf Social-Media-Plattformen herumzutreiben, sind ein beklemmender Anblick. Sie wirken wie gefesselt, oft, als würde ihnen gerade die Seele herausgesogen.

Handynutzung und Social-Media-Konsum von Kindern sind ein Problem. Ein gravierendes. Die Grünen-Ständerätin Maya Graf fordert vom Bundesrat, zu prüfen, ob Plattformen wie Tiktok oder Instagram für unter 16-Jährige verboten werden sollen. 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung, so eine Sotomo-Studie von diesem Mai, befürworten ein Verbot. Selbst Thomas Minder, oberster Schulleiter der Schweiz, sagt: «Soziale Netzwerke gehören für Minderjährige verboten.»

Doch die Mehrheit irrt. Und Minder mit ihr. Verbote, die ohnehin niemand durchsetzen kann, helfen nicht. Die Lösung sind Eltern, die ihren Kindern endlich Grenzen setzen.



Der deutsche Generationenforscher Rüdiger Maas bringt die Misere in seinem Buch «Generation lebensunfähig» auf den Punkt: «Die Eltern sind doch selbst immer am Handy.» Mama und Papa posten die Zünibox auf Instagram, führen digitale Familienkalender, fordern Videokonferenzen statt Elternabende. Gleichzeitig praktizieren sie «Gentle Parenting» (eine Art Zen-Weg der Erziehung), verhandeln mit Achtjährigen über Schlafenszeiten und scheuen klare Ansagen, um den Nachwuchs nicht zu traumatisieren.

So wächst eine Generation heran, die kaum gelernt hat, mit Grenzen, Verzicht und Frustration umzugehen. Nicht weil Tiktok existiert, sondern weil viele Eltern überfordert sind - hin- und hergerissen zwischen Job, Ansprüchen und eigener digitaler Abhängigkeit. Nun sollen Verbote dies richten?

Nein. Es ist nicht Aufgabe des Staates, diese Erziehungsaufgaben zu übernehmen. Es ist die Pflicht der Eltern, Verantwortung zu tragen. Das Smartphone aus der Hand nehmen. Bildschirmzeit begrenzen. Nein sagen, auch wenn das Kind quengelt.

Verbote funktionieren ohnehin nicht. Medienforscher Daniel Süss von der ZHAW sagt es klar: «Verbote schaffen für Jugendliche in der Regel nur einen zusätzlichen Reiz.» Auch Rauchen ist für Minderjährige verboten - trotzdem paffen viele. Und technisch? Altersbeschränkungen im digitalen Raum sind kaum durchsetzbar.

Es braucht keine Verbote, sondern Eltern, die erziehen. Die Grenzen setzen. Die selbst vorleben, was sie von ihren Kindern verlangen. Wer seinem Kind das Handy nicht wegnehmen kann, sollte womöglich erst mal das eigene weglegen.

Michael Marti

Fremdsprachen in der Primarschule

NZZ, 17. Oktober 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Die Kantone Zürich und St. Gallen haben sich für die Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe ausgesprochen (NZZ 11. 10. 25). Erfahrungsgemäss und wissenschaftlich spricht alles gegen den frühen Fremdsprachenunterricht in der Primarschule, wie er heute stattfindet. Das sogenannte «Sprachbad», nach dem die Kinder in die Sprache eintauchen sollen, funktioniert mit drei bis vier Wochenlektionen nicht. Auch das hauptsächlich spielerische Lernen ohne Regeln und ohne Einprägung der Wortschreibweise bringt kaum nachhaltige Erfolge. Der Fremdsprachenunterricht in der Oberstufe erzielt erwiesenermassen die besseren Resultate, da erst die älteren Kinder die entwicklungsbedingten Voraussetzungen mitbringen.

Der Versuch, bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen in den Stundenplan aufzunehmen, kann mit Fug und Recht als gescheitert betrachtet werden. Das Schwergewicht sollte in den ersten vier Schuljahren auf die Grundlagen Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt werden. Die deutsche Sprache im mündlichen und schriftlichen Ausdruck sicher zu beherrschen, muss das Ziel sein.



Als erfahrene Primarlehrerin bin ich persönlich eher für eine Verlegung des Englischunterrichts auf die Oberstufe. Meiner Meinung nach könnte der Französischunterricht ab der fünften Klasse beibehalten werden und mit Heimatkunde und Kultur verbunden werden. Dem Entscheid des Kantonsrats kann ich insofern folgen, als in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden soll. Dies zum Wohle und zum Lernerfolg der Primarschulkinder.

Elsbeth Richter, Wil (SG)

Wenn die Welschen nun gekränkt sind, wie es in diesem Bericht heisst, so ist das ausserordentlich zu bedauern und ein totales Missverständnis. Der Beschluss des Zürcher Kantonsrats, den Beginn mit Französisch auf die Oberstufe zu verlegen, entspringt keineswegs irgendwelchen negativen Gefühlen gegenüber der Romandie. Es war vielmehr die Notbremse, weil bisherige Erfahrungen gezeigt haben, dass zwei Fremdsprachen bereits in der fünften Klasse eindeutig zu viel sind und die Kinder überfordern.

Der Bieler Lehrer Alain Pichard sagt das, was auch für andere Landesgegenden gilt. Erstens weckt man auf diese Art weder Lust auf die französische Sprache noch Interesse an den welschen Kantonen, und zweitens werden die Leistungen in Deutsch laufend schlechter, weshalb das ganze Konzept hinterfragt werden muss.

Schlecht wäre der Erlass einer Bundeslösung über alle Köpfe hinweg. Damit wäre unserem französischsprachigen Landesteil so wenig gedient wie mit dem heutigen Zustand. Und direkt amüsant bei der ganzen Sache ist schliesslich doch, dass Kantone, die bis jetzt bei den Frühfremdsprachen überhaupt nicht mitmachten, ganz gut gefahren sind.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Vorausdenkendes Lesen

NZZ, 8. Oktober 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Den Ausführungen von Giorgio Scherrer zum zunehmenden Verlust der Erstsprache («Das wahre Sprachen-Drama», NZZ 30. 9. 25) ist zuzustimmen. Hinzu kommt Gewichtiges: Effiziente Leser entnehmen einem Text nicht einfach den Sinn. Vielmehr konstruieren sie während des Lesens immer eine mögliche Fortsetzung; sie sind immer ein paar Wörter voraus.

Die im Voraus weitergedachten Inhalte werden dann mit dem, was wirklich folgt, verglichen – ob sie Sinn ergeben, das heisst, ins vorhandene Vorwissen passen oder nicht. Letzteres erkennen oder spüren aufmerksame Leser; wenn der Anschluss nicht stimmt, beunruhigt sie das. Sie gehen spontan ein paar Zeilen zurück und versuchen es in einem zweiten Anlauf.

Lesen «schult nicht nur das Denken», wie der Autor sagt. Lesen braucht auch Vorwissen, in das hinein die neue Textinformation integriert werden kann. Wer kein Vorwissen hat, kann zwar Wörter, vielleicht sogar Sätze entziffern, kann aber nicht verstehend lesen. Das aber ist der Boden, auf dem die Unfähigkeit, verstehend zu lesen, gedeiht. Das liegt einerseits an einer tendenziell unterbewerte-



ten Bedeutung des Wissens, andererseits an einer Unterrichtsdidaktik, die dringend professionalisiert werden muss. Ohne langfristigen Aufbau und aktuelle Aktivierung von Vorwissen gibt es kein erfolgreiches Lernen aus Texten.

Der Prozess des Integrierens von gelesener neuer Information in vorhandenes Wissen muss zudem eingeübt sein. Wenn das nicht schon beim Lesenlernen beginnt, darf man sich über später manifest werdende Mängel beim Lesen nicht wundern. Anfänger müssen in einfachen Schritten zu einem Vorauskonstruieren und Vergleichen mit der fortlaufend hereinkommenden Textinformation geführt werden. Diese «Mikroprozesse des Lesens» sind es, die von den digitalen Medien bedroht oder gar zerstört werden.

Prof. Dr. em. Gerhard Steiner, Universität Basel

Veranstaltungshinweis

Adipositas-Epidemie bei Kindern – unvermeidlich oder verhinderbar?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mi. 12. November 2025, 18:30

Adipositas-Epidemie bei Kindern – unvermeidlich oder verhinderbar?

Referenten: Prof. Dr. med. Susi Kriemler (EBPI, Universität Zürich)
PD Dr. med. Burkhard Rodeck (Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Kinder und Jugendmedizin)

Einführung Dr. med. Dunja Wiegand (Leitende Ärztin Adoleszentenmedizin am OKS)

Datum: Mittwoch, 12. November 2025
Zeit: 18.30 – 20.30 Uhr
Ort: OST – Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59
(beim Bahnhof)
9000 St. Gallen
grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr..](#)

